

8/SN-49/ME

Dem

Präsidium des Nationalrates**in WIEN, I.****Parlament**

mit Beziehung auf das Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 21. November 1983, ZI 94.008-2a/1983, zur gefälligen Kenntnisnahme.

25 Mehrereemplare der ho. Stellungnahme liegen bei.

Für den Bundesminister:
Spindler

Für die Richtigkeit
des Abfertigungs

Krein

Betrifft GESETZENTWURF

ZI. 8 -GE/1984

Datum: 2. MRZ. 1984

Verteilt: 1984-03-02 Jedlauch

H. Strohriegel

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

Zl. 10.360/4-4/84

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Heeresdisziplinar-
gesetz geändert wird.

1010 Wien, den 27. Februar 1984
Stubenring 1
Telefon 75 00 Telex 111145 oder 111780
Auskunft
Scheer
Klappe 6249 Durchwahl

An
das Bundesministerium für Landesverteidigung
in

W i e n

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung teilt mit Bezug auf die do. Note vom 1. Februar 1984, GZ 10 044/48-1.1/84 folgendes mit:

Mit dem gegenständlichen Entwurf sollen u.a. der Strafkatalog der Ordnungsstrafen und Disziplinarstrafen vereinheitlicht und nunmehr auch für Offiziere und Unteroffiziere Haft- und Arreststrafen eingeführt werden. Vom arbeitsrechtlichen Standpunkt bestehen dagegen - ungeachtet der Verlängerung des Präsenzdienstes und damit des Kündigungsschutzes nach dem Arbeitsplatzsicherungsgesetz durch Verbüßung einer Haftstrafe - keine Bedenken. Die Neueinführung der im Kommandantenverfahren zu verhängenden Strafe der Ordnungshaft für Offiziere und Unteroffiziere dürfte jedoch - als durch den österreichischen Vorbehalt zu Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht gedeckt - der Bestimmung des Artikel 5 Abs. 1 lit a EMRK widersprechen, wonach ein Freiheitsentzug nur durch rechtmäßige Haft nach Verurteilung durch ein zuständiges Gericht erfolgen darf und somit verfassungswidrig sein.

Das Präsidium des Nationalrates wurde im Sinne der Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 21. November 1961, Zl. 94.108-2a/61 und vom 24. Mai 1967, Zl. 12.396-2/67 in Kenntnis gesetzt.

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Für den Bundesminister:
S p i n d l e r

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

Zl. 10.360/4-4/84

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Heeresdisziplinar-
gesetz geändert wird.

1010 Wien, den 27. Februar 1984
Stubenring 1
Telefon 75 00 Telex 111145 oder 111780
Auskunft
Scheer
Klappe 6249 Durchwahl

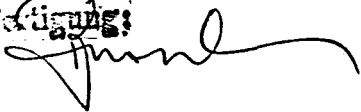
An
das Bundesministerium für Landesverteidigung
in
W i e n

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung teilt mit Bezug auf die do. Note vom 1. Februar 1984, GZ 10 044/48-1.1/84 folgendes mit:

Mit dem gegenständlichen Entwurf sollen u.a. der Strafkatalog der Ordnungsstrafen und Disziplinarstrafen vereinheitlicht und nunmehr auch für Offiziere und Unteroffiziere Haft- und Arreststrafen eingeführt werden. Vom arbeitsrechtlichen Standpunkt bestehen dagegen - ungeachtet der Verlängerung des Präsenzdienstes und damit des Kündigungsschutzes nach dem Arbeitsplatzsicherungsgesetz durch Verbüßung einer Haftstrafe - keine Bedenken. Die Neueinführung der im Kommandantenverfahren zu verhängenden Strafe der Ordnungshaft für Offiziere und Unteroffiziere dürfte jedoch - als durch den österreichischen Vorbehalt zu Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht gedeckt - der Bestimmung des Artikel 5 Abs. 1 lit a EMRK widersprechen, wonach ein Freiheitsentzug nur durch rechtmäßige Haft nach Verurteilung durch ein zuständiges Gericht erfolgen darf und somit verfassungswidrig sein.

Das Präsidium des Nationalrates wurde im Sinne der Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 21. November 1961, Zl. 94.108-2a/61 und vom 24. Mai 1967, Zl. 12.396-2/67 in Kenntnis gesetzt.

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



Für den Bundesminister:
S p i n d l e r